

Kleine Anfrage

der Abgeordneten **Susanne Ferschl, Gökyak Akbulut, Matthias W. Birkwald, Ates Gürpınar, Jan Korte, Pascal Meiser, Sören Pellmann, Heidi Reichinnek, Dr. Petra Sitte, Jessica Tatti, Kathrin Vogler** und der Fraktion **DIE LINKE**.

Psychische Belastungen in der Arbeitswelt

Psychische Belastung bei der Arbeit hat viele Ursachen – steigende Arbeitsintensität, mangelnde soziale Unterstützung, überlange und ungünstige Verteilung der Arbeitszeit oder Umgebungsfaktoren wie Lärm, Beleuchtung oder Hitze. „Unstrittig nimmt die psychische Belastung an Arbeitsplätzen in allen Branchen zu“, heißt es prominent auf der Seite der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV; <https://www.dguv.de/de/praevention/themen-a-z/psychisch/index.jsp>). Und der AOK-Fehlzeiten-Report 2021 bestätigt, dass die Anzahl der Arbeitsunfähigkeitstage aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen erneut gestiegen ist (Badura; Ducki; Schröder, u. a.: Fehlzeiten-Report 2021, S. 476 f.), im Vergleich zum Jahr 2010 um 56 Prozent.

Die Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutzstrategie (GDA) stellt fest, dass sich „angesichts der sich in der Arbeitswelt vollziehenden digitalen Transformation auch Veränderungen der psychischen Belastung bei der Arbeit“ ergeben (https://www.gda-portal.de/DE/GDA/3-GDA-Periode/AP-Psyche/AP-Psyche_node.html) und hat psychische Belastungen zu einem der Arbeitsschwerpunkte der dritten GDA-Periode (2021 bis 2024) erklärt.

Auch Corona und die damit im Zusammenhang stehende Ausweitung der Arbeit im Homeoffice haben weitgehende Auswirkungen auf die Frage psychischer Belastungen am Arbeitsplatz gehabt.

Jedoch existiert weiterhin keine Anti-Stress-Verordnung, die aus Sicht der Fragesteller geeignet wäre, Beschäftigte vor den Auswirkungen psychischer Belastung bei der Arbeit zu schützen. Bereits am 3. Mai 2013 hatte der Bundesrat eine entsprechende Verordnung beschlossen (Bundesratsdrucksache 315/13).

Mit dieser Kleinen Anfrage sollen der aktuelle Stand psychischer Belastungen in der Arbeitswelt und die diesbezüglichen Vorhaben der Bundesregierung erfragt werden.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele Arbeitsunfähigkeitstage (AU-Tage) in Millionen aufgrund von psychischen und Verhaltensstörungen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2019, 2020 und 2021, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 2000 und 2010 dar (bitte für die einzelnen Jahre sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Diagnosgruppen darstellen, bitte nach Geschlecht, Branche, Alter und nach Bundesländern differenzieren)?

2. Wie viele durchschnittliche AU-Tage je 100 Versicherte bzw. je 100 GKV-Mitgliedsjahren in der Diagnosegruppe psychische und Verhaltensstörungen gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2019, 2020 und 2021, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 2001 und 2011 dar (bitte für die einzelnen Jahre sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Diagnosegruppen darstellen, bitte nach Geschlecht, Branchen, Alter und nach Bundesländern differenzieren)?
3. Welche Wirtschaftszweige und Wirtschaftsabschnitte bzw. Berufsgruppen und Tätigkeiten weisen nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2019, 2020 und 2021 besonders erhöhte Durchschnittszahlen bezüglich der „Tage je 100 Versicherte“ in der Diagnosegruppe psychische und Verhaltensstörungen auf (bitte nach Geschlecht differenzieren)?
4. Wie viele Personen sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2019, 2020 und 2021 wegen verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund psychischer Erkrankungen vorzeitig in die Rente eingetreten, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 2001 und 2011 dar (bitte für die einzelnen Jahre sowohl in absoluten Zahlen als auch als Anteil an allen Renteneintritten darstellen, bitte nach Geschlecht, Altersgruppen und nach Bundesländern differenzieren)?
5. Auf wie viele Tage beliefen sich die durchschnittlichen Ausfallzeiten bei psychischen Erkrankungen in den Jahren 2019, 2020 und 2021, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 2001 und 2011 dar sowie jeweils im Vergleich zum Durchschnitt aller Erkrankungen (bitte nach Geschlecht, Altersgruppen und nach Bundesländern differenzieren)?
6. Wie hoch waren nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2019, 2020 und 2021 schätzungsweise die Produktionsausfallkosten und Bruttowertschöpfungsausfälle, die durch psychische Erkrankungen verursacht wurden, und wie stellen sich diese Werte im Vergleich zu den Jahren 2001 und 2011 dar (bitte nach Jahren differenzieren)?
7. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Anteil der Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft, für die eine Gefährdungsbeurteilung unter Berücksichtigung psychischer Belastungen durchgeführt wurde (bitte nach Betriebsgrößen und Branchen aufschlüsseln)?
8. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, für wie viele Betriebe in den Jahren 2010 bis 2021 eine Fachkraft für Arbeitssicherheit bestellt wurde (bitte bundesweit und in Summe sowie nach Branchen sowie Bundesländern geordnet darstellen und jeweils im prozentualen Verhältnis zu allen Betrieben darstellen, bitte jeweils nach betrieblichen und überbetrieblichen Fachkräften ausweisen)?
9. Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, für wie viele Betriebe in den Jahren 2010 bis 2021 ein Betriebsarzt bestellt wurde (bitte bundesweit und in Summe sowie nach Branchen sowie Bundesländern geordnet darstellen und jeweils im prozentualen Verhältnis zu allen Betrieben darstellen, bitte jeweils nach betrieblichen und überbetrieblichen Betriebsärzten ausweisen)?
10. Wie häufig sind Beschäftigte nach Kenntnis der Bundesregierung den unten genannten Faktoren psychischer Belastung ausgesetzt (bitte die aktuellsten verfügbaren Daten angeben und nach Alter, Geschlecht, Branche, Bundesland sowie Basisarbeit, Facharbeit und hochqualifizierter Arbeit unterteilen):
 - a) starker Termin- und Leistungsdruck,
 - b) verschiedene Arbeiten gleichzeitig machen,

- c) häufige Arbeitsunterbrechungen,
 - d) Arbeit an der Grenze der Leistungsfähigkeit,
 - e) Unterforderung,
 - f) monotones Arbeiten?
11. Wie häufig verfügen Beschäftigte nach Kenntnis der Bundesregierung über die unten genannte Ressourcen, um psychischen Belastungen am Arbeitsplatz gewachsen zu sein (bitte die aktuellsten verfügbaren Daten angeben und nach Alter, Geschlecht, Branche, Bundesland sowie Basisarbeit, Facharbeit und hochqualifizierter Arbeit unterteilen):
- a) Einfluss auf die Arbeitsmenge,
 - b) selbst entscheiden, wann Pausen gemacht werden,
 - c) eigene Arbeit selbst planen,
 - d) Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen,
 - e) Unterstützung durch Vorgesetzte?
12. Wie viele Beschäftigte arbeiten nach Kenntnis der Bundesregierung mit sogenannten überlangen Arbeitszeiten (bitte für die Jahre 2010 bis 2021 und getrennt nach Geschlecht, Alter, Branche und Bundesland angeben)?
13. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die gesundheitlichen Auswirkungen überlanger Arbeitszeiten?
14. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Auswirkung der Corona-Pandemie auf die psychische Gesundheit von Beschäftigten (bitte auf die Faktoren gesundheitliche Sorgen, Einsamkeit, wirtschaftliche Sorgen und familiäre Belastungen eingehen und, sofern vorhanden, mit Zahlen belegen)?
15. Wie erklärt die Bundesregierung den weiterhin starken Anstieg psychisch bedingter Arbeitsunfähigkeit (bitte begründen und die herangezogenen Quellen benennen)?
16. Plant die Bundesregierung den Erlass einer konkretisierenden Verordnung bezüglich § 5 Absatz 3 Nummer 6 des Arbeitsschutzgesetzes (ArbSchG) zur Gefährdung durch psychische Belastungen (Anti-Stress-Verordnung), und wenn nein, welche anderweitigen gleichwertigen Vorhaben plant die Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode (bitte ausführen und begründen)?

Berlin, den 23. August 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

